

# EINLEITUNG

*Gustav Schmidt*

Als die Sektion konzipiert und vorbereitet wurde, bestimmten noch die Standardfragen den Denkhorizont; selbst die jüngsten Entwicklungen in Europa, wie beispielsweise im Frühjahr 1989 der Streit in der NATO um die sog. Modernisierung oder im Herbst 1989 um die Vertiefung der europäischen Integration, verstärkten den Eindruck, daß Bonn und London sich schwer tun, gemeinsame Positionen abzustecken. Heute, im Januar 1991, wo die Sektion stattfindet, richtet sich unser Augenmerk auf den Umbruch in Osteuropa, auf die Vereinigung der beiden deutschen Staaten und auf die Frage, was wird aus der Sowjetunion? Wiederum scheinen jedoch Regierungen und Medien auf der Insel andere Akzente zu setzen als die Verantwortlichen in deutschen Landen. Die akute Zuspitzung der Golfkrise scheint überdies einen Rollentausch herbeizuführen: Großbritannien als Wortführer einer 'forward policy', die Bundesrepublik als Exponent einer "Zivilmacht"-Politik.

Dennoch hat sich nicht alles verändert, nur stellen sich die 'alten' Fragen mit größerer Dringlichkeit. Wie lassen sich der Prozeß der Vollendung der (west-)europäischen Einigung und der der gesamteuropäischen Friedens- und Sicherheitsordnung synchronisieren? Während die Bundesrepublik beflissen bleibt, die für "1992" vorgesehene Vollendung des Binnenmarktes ebenso wie den Stufenplan zur Schaffung einer Wirtschafts- und Währungsunion [WWU] voranzubringen und die Zusammenarbeit um die Perspektive einer Politischen Union [EPU] zu ergänzen, beharren die britischen Regierungen unter Mrs. Thatcher wie unter ihrem Nachfolger Major auf ihren Vorbehalten gegenüber den Integrations-Projekten. Die Entscheidungen, die auf dem Wege zum 'Single Market', zur WWU und zur EPU einerseits und zur Neugestaltung der politischen Sicherheitsordnung Gesamteuropas andererseits zu treffen sind, dürften eine weitere 'Europäisierung' der politischen, sozialen und kulturellen Aspekte in Ergänzung zur bestehenden hochgradigen Europäisierung der wirtschaftlichen Bereiche mit sich bringen. Betätigt sich Großbritannien weiterhin als 'Bremsen', Deutschland als 'Motor' der Koordination und Integration? Setzt eine erfolversprechende institutionelle Ausgestaltung der Zusammenarbeit in der EG und auf der Ebene der KS(Z)E/europäischen Sicherheit die Verbesserung der

bilateralen Beziehungen zwischen den einzelnen Staaten voraus? Erlangen die deutsch-britischen, aber auch die französisch-britischen Beziehungen in den nächsten Jahren eine ähnliche Qualität und Bedeutung, wie sie die deutsch-französischen Beziehungen - trotz aller Rückschläge - für die regionale Verflechtung (West)Europas seit der Schuman-Plan-Initiative 1950 und der Schaffung der EWG 1957/58 ausübten?

Schwere Hypothesen, wie die Herrschaft der Nationalsozialisten und ihre Vernichtung von Millionen Juden und die Opfer des Hitler-Terrors, lasten auf der Einschätzung der deutschen Urheberschaft an der 'Zerstörung Europas'. Dies überlagert manchenorts in England den Blick für den außerordentlichen Beitrag, den der westdeutsche Staat, fast regelmäßig im Zusammengehen vor allem mit Frankreich im europäischen Einigungsprozeß und mit den USA beim Aufbau des atlantischen Sicherheitssystems, für die Rückkehr Westeuropas als einem der Hauptakteure der internationalen Wirtschaftsbeziehungen und der regionalen Friedenssicherung geleistet hat. Die Qualität der Beziehungen, die Deutschland resp. Großbritannien mit den 'Großen' der internationalen Ökonomie - USA, Japan, EG - und mit den politisch-militärstrategischen Schlüsselstaaten - USA, UdSSR, Frankreich - unterhalten, ist ein weiterer zentraler Grund - neben den historischen Vorbelastungen und den Rivalitätsgeschichtspunkten - für die Wiederkehr latenter Spannungen in den deutsch-britischen Beziehungen während der letzten vier Jahrzehnte.

Ebenso ausgeprägt ist auf der anderen Seite in den Führungsschichten beider Länder die Einsicht, daß Deutschland und Großbritannien füreinander und für Europa einstehen und im Grundsätzlichen gemeinsame Werte und ähnlich gelagerte Interessen verantworten müssen. Der Sprachschatz deutsch-britischer Verständigungsbemühungen ist ebenso umfassend und einfallsreich wie der Vorrat guter Vorsätze, aus dem die deutsch-amerikanischen und die deutsch-französischen Beziehungen schöpfen. An der Ehrlichkeit dieser Bekundungen zu zweifeln, verbietet schon der 'record', daß man nämlich Karl Kaiser und John Roper folgend das Verhältnis am zuverlässigsten als 'Stille Partnerschaft' umschreiben sollte: Dennoch muß erklärt werden, warum unterschiedliche Sichtweisen und Interessen wiederholt in Entfremdungen umschlagen und den Rückschluß auf unterschwelliges Mißtrauen und auf Prestige- und Status-Konflikte nahelegen.

Im Hinblick auf die gegenwärtig sich abspielende Veränderung der sicherheitsstrategischen Landkarte und der ideologischen Atmosphäre in Europa

betätigt sich die deutsche Politik nicht nur bei der Überwindung der deutschen Teilung, sondern auch mit Anstößen und Vorschlägen für gesamteuropäische Regelungen als treibende Kraft. Großbritannien hingegen, das in der Vergangenheit seine Vorbehalte gegenüber 'klein'europäischen Einigungsbewegungen auch mit dem Hinweis auf die gesamteuropäische Dimension von Friedenssicherung und Abrüstung gerechtfertigt hatte, hält sich mit eigenen Vorstößen zurück, wie die Restrukturierung Europas aussehen sollte und erfolgen könnte. Während Bonn die Dynamik beibehalten will, solange Gorbatschow (noch) der Mitspieler ist, scheint London die innere Entwicklung in der Sowjetunion abwarten zu wollen. Für Deutschland kommt es darauf an zu verdeutlichen, daß nicht irgendein vermeintlich deutscher Drang nach Weltmacht resp. Dominanzstellung in Europa als die bestimmende Kraft der Veränderungen einzuschätzen sei, - wozu die Golfkrise gleichsam einen wenigstens in dieser Sicht willkommenen Anlaß bietet-, sondern daß die fortschreitende Unterhöhnung der Zentralmacht in der UdSSR, jedenfalls der Rückgang der sowjetrussischen Hegemonialmacht, den Wandel auf dem europäischen Kontinent bewirkte. Es ist schier undenkbar, daß die Bundesrepublik sich in der Golfkrise in dem Maße exponiert, wie es jetzt britische (und amerikanische) Stimmen fordern; von den bekannten und sattsam ausgebreiteten Gründen für die starke Zurückhaltung Bonns einmal abgesehen, würde ein deutsches Mitziehen im Sinne der amerikanischen und britischen Auslegung des UN-Mandats für den Einsatz aller Mittel gegen Saddam Hussein\* nur die Folge haben, die innerrussischen Widersacher gegen Gorbatschow aufzuhetzen und den Sonderkonflikt zwischen der SU und Deutschland zu reaktivieren, also letztlich auch den Kooperationsverbund zwischen der Bush-Administration und Gorbatschow zu sprengen.

Das vereinte Deutschland, das vom Machtverfall der Sowjetunion profitiert (hat), muß sich der Frage stellen, wie Rußland eine einflußreiche Rolle in Europa behaupten könne. Aus Sorge, mit den Folgeproblemen des 'decline of Russia', - nämlich Massenflucht, Umsturz, ggf. Putsch von rechts (Altkommunisten) und damit Infragestellung der Vertragswerke-, ebenso unmittelbar konfrontiert zu sein wie die osteuropäischen Nachbarländer, strebt die Bundesrepublik umfassende, die Mitsprachefunktionen des Präsidenten der UdSSR sichernde Regelungen an. Für diese "Osterweiterung" nun verlangt Bonn von den EG-Partnern ähnliche Loyalität und Konzessionsbereitschaft wie sie die Bonner Republik bei der Nord- resp. Süderweiterung 1970/2 und 1980/85 bewiesen hatte. Diese Vorreiter- und Antreiberrolle steht in der Gefahr, als Ende der langen Phase der machtpolitischen

Selbstverleugnung und als Anfang eines neuen Auftrumpfens Deutschlands angeprangert zu werden. Da man von deutscher Seite, selbst aus dem Munde Willy Brandts, zu hören bekam, mit der Unterscheidung zwischen Siegern und Besiegten sei es nun aber endgültig vorbei, klang die deutsche Forderung, den Problemen der "Osterweiterung" Rechnung zu tragen, wie eine Ankündigung "Alles hört auf deutsches Kommando". Der deutschen Politik, die zum ersten Mal im Mai/Juni 1989 von den Supermächten USA und Sowjetunion gleichermaßen bevorzugt als Partner bei der Gestaltung des 'Nach-Jalta'-Europa umworben und belobigt wurde, schien objektiv eine Schlüsselrolle zuzufallen. Großbritannien, noch unter der Führung von Mrs. Thatcher, fiel es schwer, sich mit einer Dreieckskonstellation Bonn-Washington-Moskau abzufinden; vielen Kommentaren war zu entnehmen, daß man in den letzten 20 Jahren die Gelegenheit versäumt hatte, Standpunkte und Methoden zu entwickeln, wie man mit deutschen Vorstellungen über die Zukunft eines ungeteilten resp. blockübergreifend organisierten Europa umgehen sollte. Die reservierte russische Haltung, die selbst noch die Gespräche Kohls mit Gorbatschow im Oktober 1988 in Moskau überschattete, hatte dazu beigetragen, daß man die als "Genscherismus" titulierten (und streckenweise diffamierten) Konzeptionen für eine gesamteuropäische Sicherheits- und Friedensordnung auf die lange Bank schob. Die Anzeichen einer Wende in der sowjetischen Politik, die seit Dezember 1988/Anfang Januar 1989 deutlich auf eine Bereitschaft zum Abbau der konventionellen Überlegenheit der russischen Streitkräfte hinwiesen, wurden von Bonn als Signal für die Demilitarisierung des Ost-West-Konflikts und damit als Chance für eine Beschleunigung der Wiener KSE-Verhandlungen und generell als Unterpfand gesamteuropäischer Abmachungen begriffen. In London sann man hingegen weiterhin - in der Tradition des 'double containment'-erstens auf die Reduzierung des Invasionspotentials der UdSSR und zweitens auf die Zuverlässigkeitskontrolle über die voll der NATO integrierten deutschen Militärressourcen.

Die Unterschiedlichkeit der Haltung zeigte sich ebenso auf wirtschaftlichem Gebiet. Während die Bundesrepublik mit eigenen Leistungen voranging und die westlichen multilateralen Gremien - die G-7-Gipfel in Houston und in London; die OECD (24), und natürlich die EG-12-beschwor, rechtzeitig der kritischen Zuspitzung der wirtschaftlichen Entwicklung in der Sowjetunion durch gezielte Beistandsaktionen entgegenzuwirken, zeigte man sich auf britischer Seite eher mißtrauisch-verwundert, daß und warum die Bundesregierung zum Sachwalter oder gar

Sprachrohr Gorbatschows - in Fragen der Kredithilfe; der Lockerung bzw. Aufhebung von COCOM-Kontrollen - avancierte.

Die Sektion wird also in einer spannungsgeladenen, durch unterschiedliche Sichtweisen und Zukunftsperspektiven bestimmten Situation in die Debatte eingreifen. Vor dem skizzierten Hintergrund erlangen die deutsch-britischen Beziehungen, die für die Entwicklungen in Europa und für die Stellung Europas in der Welt immer hohe Bedeutung hatten, eine neue Dringlichkeit. Neben der Aktualität, die die außenpolitische Dimension des deutsch-britischen Verhältnisses besitzt, behalten aber die Entwicklungen der beiden Gesellschaften und ihre Analyse in vergleichender Perspektive ihre grundlegende Bedeutung; denn es sind die Maßgaben, nach denen die politisch-sozialen Bewegungen die Probleme des eigenen Landes konzipieren und Lösungsstrategien entwickeln, die auch die Kompatibilität der Entwürfe für die Weiterführung der regionalen Verflechtung (West)Europas und für die europäische Sicherheitsordnung nach der Auflockerung des bisherigen Strukturen des Ost-West-Konfliktes bestimmen. Die Wissenschaftlichen Leiter dieser Tagung haben deshalb die 'außenpolitische' Sektion in der Mitte, als Scharnier zwischen den Analysen der Wirtschaft - heute vormittag - und den Deutungen der politischen Kulturen und Verfaßtheiten - am morgigen Tag - angesiedelt. Soweit die strikt begrenzte Redezeit es erlaubt, wollen die Referenten die Querbezüge zumindest andeuten.

Die deutschen und die britischen Referenten werden, jeder auf seine Art, die Standpunkte formulieren und begründen, die das widerspruchsvolle Bild der deutsch-britischen Beziehungen ausmachen. Angesichts der vielfältigen Entwicklungen, die auf uns einwirken, mußte die ursprüngliche Absicht, historisch weiter auszuholen und die gegenwärtigen Problemstellungen in den Kontext der Stellung Deutschlands und Großbritanniens in Europa seit der Reichsgründung 1864-1871 zu stellen, fallengelassen werden; wir konzentrieren uns auf die Vorgänge nach dem 2. Weltkrieg. Dies geschieht auch deshalb, weil der Arbeitskreis Deutsche England-Forschung einige seiner Jahrestagungen diesen Thematiken gewidmet hatte.\*

Als 'Opfer' der Zeitereignisse sehe ich es auch an, daß William Wallace, als Schlußredner vorgesehen, seine Teilnahme wegen einer stärker 'politischen' Verpflichtung, die ihn nach Osteuropa führt, absagen mußte. Ich bin jedoch sicher, daß Sir Julian Bullard, britischer Botschafter in Bonn bis 1989, und Stuart Croft, Deputy Director of the Graduate School of International Studies at the University of

Birmingham, es verstehen, uns die britische Perspektive nahezubringen. Die deutsche Seite ist vertreten durch Angelika Volle, Wissenschaftliche Referentin im Forschungsinstitut der Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik und Jahrbuch-Redakteurin; Gottfried Niedhart, Englandkenner und Adenauer-Forscher; Norbert Ropers, Institut für Entwicklung und Frieden an der Universität Duisburg, und den Sektionsleiter.

\* Dies ist eine Position, die ich für vollauf berechtigt halte, zumal die Alternative einer 'friedlichen' Beilegung des Konflikts vom Irak selbst unterminiert wird.

\*\* B.-J. Wendt, Hg., Das britische Deutschlandbild im Wandel des 19. und 20. Jahrhunderts (1984); G. Niedhart, Hg., Großbritannien als Gast- und Exilland (1985); G. Schmidt, (Hg.), Großbritannien und Europa - Großbritannien in Europa (1989).